



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/8596, 19/9558

Vielfalt in Bayern – Antidiskriminierungsstellen sichern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die Lage der Antidiskriminierungsstellen zu berichten. In diesem Bericht soll insbesondere auf die folgenden Fragen eingegangen werden:

1. Wie viele Antidiskriminierungsstellen gibt es in Bayern?
2. Wie genau gestaltet sich die Finanzierung der Antidiskriminierungsstellen (bitte zwischen Kommunen, Land und Bund unterscheiden)?
3. Warum spricht sich die Staatsregierung weiterhin gegen die Einrichtung einer Landesantidiskriminierungsstelle aus?
4. Wie setzt sich die Staatsregierung auf Bundesebene dafür ein, dass die Finanzierung der respekt*land-Beratungsstellen auch über den Förderzeitraum hinaus gesichert wird?
5. Wie viele Personen haben sich in den Jahren 2020 bis 2025 an die vorhandenen Antidiskriminierungsstellen gewandt?
6. Wie genau lautet die Kooperationsvereinbarung zwischen B.U.D. e. V. und den Polizeipräsidien in Mittelfranken und in der Oberpfalz?

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident